

Berliner Zeitung, 1406.2021

Bildungswahlkampf :

Berliner Schulleiter schlagen Alarm: Lehrermangel wird immer dramatischer

Schulleiterverbände fordern einhellig die Verbeamtung der Lehrkräfte in Berlin. Schon jetzt leidet die Unterrichtsqualität durch fehlende Fachkräfte.

mit dpa, 15.6.2021 - 09:00 Uhr

Werden junge Lehrerinnen noch Lust haben, in Berlin zu unterrichten, wenn gleich nebenan in Brandenburg die Verbeamtung lockt?

Berlin - Trotz sinkender Infektionszahlen blicken Berliner Schulleiter mit Sorge auf das neue Schuljahr. Während der Corona-Pandemie seien die Probleme an den Schulen noch deutlicher geworden, sagte die Vorsitzende des Interessenverbands Berliner Schulleitungen (IBS), Astrid-Sabine Busse, bei einer gemeinsamen Pressekonferenz der Schulleiterverbände. „Die wichtigsten Akteure sind und bleiben die Lehrerinnen und Lehrer. Die sind inzwischen so knapp wie Goldstaub.“

Aus Sicht der Schulleitungen müssen die Lehrkräfte in Berlin wieder verbeamtet werden. Durch die anstehende Pensionierungswelle und immer noch wachsende Schülerzahlen ist der Bedarf sonst nicht mehr zu decken, argumentierte Busse. Ein Drittel aller Lehrkräfte in Berlin seien 55 Jahre oder älter. Viele gingen in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand. Laut Busse wird für das Schuljahr 2025/26 ein Bestand von 23.000 Lehrkräften erwartet – bei einem Bedarf von rund 32.860.

Die Ausbildung von Lehrkräften in der Hauptstadt sei anerkanntermaßen gut, betonte Busse. „Dann kommt der Tag des zweiten Examens und dann sagt uns die Kollegin: ‚Es war schön bei Ihnen, ich bedanke mich, aber ich bleibe nicht in Berlin‘“, erzählte sie von ihren Erfahrungen. Viele junge Lehrkräfte gingen dann einfach ins Nachbarland Brandenburg.

Warum gehen junge Lehrer nach kurzer Zeit wieder?

Sven Zimmerschied von der Vereinigung der Schulleiter von Sekundarschulen (BISSS) bestätigte, es gebe bereits ein massives Personalproblem. „Es ist dramatisch. Berlin muss endlich wieder verbeamtet“, sagte er. Stellen mit klassisch ausgebildeten Lehrkräften zu besetzen, sei schon jetzt oft unrealistisch. „Dann muss die Bildungsverwaltung die Leute kurz vor dem neuen Schuljahr von der Straße holen und Kräfte einstellen, die keines der in Berlin unterrichteten Fächer studiert haben.“

Bei Zimmerschied sind es oft die vielversprechenden Lehrer, die nach kurzer Zeit wieder weggehen: „Ein junger Lehrer, der Bio und Sport unterrichtet, und mir sagt: ‚Ich habe zwei Kinder, ich muss auch daran denken, wie ich mich finanziell stelle.‘“ Nach der Corona-Krise sei das Sicherheitsbedürfnis auch noch mal größer geworden. Oft rät Zimmerschied den jungen Lehrern, noch bis zur nächsten Legislaturperiode zu warten. „Ich hoffe, dass das Problem dann gelöst wird.“

Busse befürchtet gravierende Folgen: „Die Unterrichtsqualität leidet“, sagte die Leiterin einer Grundschule in Neukölln. In Berlin werden Lehrkräfte seit 2004 nicht mehr verbeamtet – inzwischen anders als in allen übrigen Bundesländern. Der ursprüngliche Impuls war vielleicht richtig: Zu sagen, es sei nicht mehr zeitgemäß, die Lehrkräfte zu verbeamtet. Wir brauchen mehr Flexibilität auf diesem Arbeitsmarkt. „Aber dann hätte man das auf Bundesebene ändern müssen – denn so hat Berlin nun einen extremen Wettbewerbsnachteil,“ so Zimmerschied.

Wie kann die Verbeamtung finanziert werden?

Natürlich ist die Verbeamtung der Lehrkräfte auf lange Sicht teurer für die öffentlichen Kassen. Aber zunächst würde der Umstieg für das Land Berlin sogar günstiger, sagt Reiner Fahlbusch, der sich seit vielen Jahren zivilgesellschaftlich für die Verbeamtung von Lehrkräften engagiert. „Weil das Land weder die höheren Gehälter für die aktive Arbeit zahlen müsste noch die Arbeitgeberbeiträge für die Rentenkasse. Denn die Pensionen werden ja später vom Bund gezahlt.“

Zu viele Stellen mit Quereinsteigern zu besetzen, ist aus Sicht der Schulleiter keine optimale Lösung. „Die Schulen sind zum Teil damit überfordert“, stellte Busse fest. In der Regel seien es nicht ein oder zwei Quereinsteiger, sondern viele – und die konzentrierten sich oft auch noch in Grundschulen an sozialen Brennpunkten. „Und das geht nicht“, so die Neuköllner Schulleiterin.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) ist inzwischen ebenfalls für die Verbeamtung von Lehrkräften. „Wenn außer Berlin alle anderen Bundesländer verbeamtet, muss die Politik sich der Realität stellen“, teilte sie am Montag mit. Das sei bisher am Widerstand der Koalitionspartner gescheitert. „Dabei müssen wir wettbewerbsfähig sein – zum Wohle unserer Kinder.“